

# Infobrief

01/24

Am 11.Mai ist wieder Weltladentag. In diesem Jahr fordern wir, dass endlich für Klimaschäden Verantwortung übernommen wird. Was genau von der Weltladen-Bewegung gefordert wird und warum das gerade für Kleinbäuer\*innen in den Ländern des Südens so wichtig ist, stellen wir auf den ersten Seiten dieses Infobriefes dar.

Bananen sind eine der meistverkauften Fruchtsorten in Deutschland. Was das Besondere an den im Weltladen Kitzingen verkauften Bananen ist und was es mit dem Bananen-Abo des Weltladens auf sich hat, erfahren Sie aus einem weiteren Artikel.

Unser Bananen-Importeur BanaFair ist seit 2010 an der Kampagne „Make Fruit Fair!“ beteiligt. Wir veröffentlichen die Selbstdarstellung dieser Kampagne.

Die Abstimmung über das EU-Lieferkettengesetz im EU-Rat wurde im Februar vor allem auf Betreiben der Bundesregierung verschoben. Dazu hat die „Initiative Lieferkettengesetz“ eine Stellungnahme verfasst, die wir hier gern übernehmen, vor allem weil sie konkret darstellt, was für Behauptungen über den angeblichen Inhalt des Gesetzesentwurfes verbreitet werden und was der Entwurf tatsächlich beinhaltet.

Am 15.März fand die verschobene Abstimmung im EU-Rat statt. Kurzfristig haben wir dazu die Pressemitteilung von Armin Paasch, Misereor-Experte für Verantwortliches Wirtschaften und Menschenrechte übernommen, der die erfolgten Änderungen des Entwurfes kritisiert. Leider war deshalb in diesem Infobrief kein Platz mehr für ein Rezept.

Wie immer wünschen wir eine informative Lektüre!

Anja Bergmann

# Weltladentag am 11.Mai 2024

Auf der Welt-Klimakonferenz 2023 in Dubai wurden insgesamt 800 Millionen US-Dollar als Hilfgelder für Klimaschäden und Verluste zugesichert.

Doch das Geld reicht bei Weitem nicht, um die weltweit bereits entstandenen Klimaschäden reparieren zu können. Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Daher wollen wir am Weltladentag 2024 darauf aufmerksam machen, dass die Klima-Hilfgelder gerecht verteilt werden müssen. „Für Klimaschäden Verantwortung übernehmen“ lautet in diesem Jahr unser Motto.

Durch den Klimawandel verändert sich unser Leben. Es ist schwieriger, Lebensmittel wie Obst und Gemüse anzubauen. Und es ist schwieriger für Bäuer\*innen, frische Lebensmittel gut zu verkaufen. Bäuer\*innen mit kleinen Feldern, also Kleinbäuer\*innen, leiden am meisten. Dabei haben sie am wenigsten Schuld an der Klimakrise.



*Bild: Weltladen Schwerin/R. Göttlicher*

Die Länder im Süden leiden sehr unter Hitze und extremem Regen und den dadurch verursachten Naturkatastrophen wie Dürre oder Überschwemmungen. Sie haben wenig Geld und Technik, um Menschen davor zu schützen und um zerstörte Häuser und Straßen wieder herzustellen.

Kleinbäuer\*innen leiden außerordentlich stark unter den Klimaveränderungen. Oft geht ihre Ernte verloren. Aber gerade sie bekommen wenig vom internationalen Klima-Hilfs-Geld. Dabei sind gerade die Kleinbäuer\*innen extrem wichtig für die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln.

**„Heute ist die Anpassung an den Klimawandel eine Frage von Leben und Tod. Wenn wir uns dem Klimawandel in den tropischen Gebieten nicht anpassen, müssen die Produzenten wegziehen oder dahinsiechen.“**

René Ausecha Chaux,  
General Manager der Kaffeekooperative COSURCA,  
Kolumbien

Diese Aussage des Managers der Kaffeekooperative COSURCA in Kolumbien zeigt deutlich, wie ernst das Problem des Klimawandels für viele Menschen im Globalen Süden bereits ist.

### **Auswirkungen auf die Produzent\*innen**

Auch zahlreiche Produzent\*innen des Fairen Handels leiden unter den Folgen des Klimawandels: Wetterextreme, die Verschiebung der Jahreszeiten und die Ausbreitung von Pflanzenkrankheiten führen sowohl bei Produzent\*innen im landwirtschaftlichen Bereich als auch bei Handwerkproduzent\*innen zu teilweise erheblichen Einbußen.

Viele von ihnen haben schon vor Jahren Maßnahmen ergriffen, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Dennoch stehen viele vor der Frage, ob sie ihre Betriebe aufgeben und in andere Regionen ziehen sollen.

### **Gegenmaßnahmen des Fairen Handels**

Der Faire Handel hat die Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, seit langem erkannt und reagiert mit zahlreichen Maßnahmen. Sie zielen zum einen darauf ab, selber möglichst klimaschonend zu wirtschaften, z.B. durch die Förderung des ökologischen Landbaus sowie die Nutzung von erneuerbaren Energien.

Darüber hinaus unterstützt der Faire Handel Produzent\*innen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, beispielsweise durch die Bereitstellung von klimaangepassten Kaffeesorten.

Außerdem tritt der Faire Handel grundsätzlich für einen sozial- und umweltverträglichen Lebensstil ein und fordert von Politik und Wirtschaft größere Anstrengungen zum Klimaschutz.

### **Klimafaktor Transport?**

Die meisten fair gehandelten Produkte stammen aus Übersee und werden per Schiff transportiert. Allein aufgrund der weiten Transportwege auf eine schlechte Klimabilanz fair gehandelter Produkte zu schließen, würde jedoch zu kurz greifen. Der Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen, der auf den Transport aus Übersee entfällt, ist im Vergleich zu den Bereichen Herstellung, Verarbeitung und Transport im Zielland bei den meisten Produkten relativ gering.

Hinzu kommt die schwierige Abwägung, ob die Vermeidung von Transportemissionen schwerer wiegt oder die Einkommensmöglichkeiten für Produzent\*innen durch die Vermarktung ihrer Waren nach Übersee.

Nicht vermeidbare Emissionen kompensieren einige Akteure des Fairen Handels darüber hinaus durch die Förderung von Klimaschutzprojekten.

## **Wie zahlt man am Besten Hilfs-Geld bei Schäden und Verlusten durch das Klima?**

Hier einige Empfehlungen:

- Hilfs-Geld sollte an Regierungen und an Hilfs-Organisationen gehen. Dabei sollte auch Geld an Organisationen gehen, in denen Kleinbäuer\*innen zusammenarbeiten. Denn sie sind besonders wichtig für genug Nahrung nach einem Klima-Notfall.
- Wer das Hilfs-Geld bekommt, sollten Büros in den Regionen entscheiden. Denn sie wissen am Besten, was die Menschen vor Ort brauchen.
- Große Geld-Pakete sollte es für große Organisationen geben, kleine Geld-Pakete für kleine Organisationen. Berichte sollten diese erst später schreiben müssen.
- Anträge sollten einfach sein. Wenig Papiere, wenig Arbeit.
- Geld-Geber sollten die Ausgaben und Rechnungen erst später prüfen, erst wenn es keine Not mehr gibt und alle die wichtigste Hilfe bekommen haben.
- Organisationen und Menschen, die das Hilfs-Geld gut verteilen, sollten Unterstützung bekommen.
- Schon vor einer Not-Situation sollte geklärt sein:  
Wer bekommt Hilfe? Wann bekommt man Hilfe? Wie bekommt man Hilfe?

Damit alle auf der Welt genug zu essen haben, müssen wir anders denken. Große Händler\*innen müssen gerechter mit Kleinbäuer\*innen zusammenarbeiten. Wir müssen Kleinbäuer\*innen dabei helfen, besser mit dem extremen Wetter zu leben und dabei, genug Geld für ihre Lebensmittel zu bekommen.

Der Faire Handel ergreift zahlreiche Maßnahmen, um möglichst klimaschonend zu wirtschaften und Produzent\*innen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Die meisten Lebensmittel in Weltläden stammen aus kleinbäuerlicher und ökologischer Produktion und wurden klimaschonend hergestellt.

*Dieser Beitrag basiert auf folgenden Quellen:*

*Weltladen-Dachverband: „Begleitheft zum Weltladentag 2024“, „Weltladen Standpunkt #1“*

*Redaktionelle Bearbeitung: Anja Bergmann*

# Krumme Früchtchen

Sehr beliebt in den kalten Wintermonaten sind die mineralstoffreichen Bananen, die durch ihren relativ hohen Gehalt an Kalium und Magnesium der Gesundheit dienen. Über die Herkunft und den Anbau dieser geschätzten Tropenfrucht machen sich wohl die wenigsten Konsumenten Gedanken. Gerade in Kitzingen – der zertifizierten Fair-Trade-Town – sollte dies aber der Fall sein. So bezieht der Weltladen Kitzingen wöchentlich eine Kiste Bio-Bananen von BanaFair, einer in den 1980er Jahren gegründeten Fair Handelsorganisation.

**BanaFair** arbeitet mit **Urocal** zusammen, einem regionalen Kleinbauernverband an der Südküste Ecuadors, zu dem etwa 120 Familien gehören.

Die Bauern von Urocal bearbeiten den Boden schonend, düngen organisch mit Mulch und Mist, setzen auf kleinflächigen Mischfruchtanbau und bekämpfen Unkraut mechanisch. Sie verzichten auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und auf die energieintensiven mineralischen Stickstoffdünger. Das schützt Boden und Gewässer und erhält die Artenvielfalt. Lebendige Böden sind weltweit die wichtigsten Kohlenstoffspeicher.

Sie binden durch den Aufbau der Humusschicht mehr Kohlendioxid als konventionell bewirtschaftete Böden. Wetterextreme werden durch stabile Böden abgemildert.

Urocal und BanaFair verbindet seit 20 Jahren eine direkte, respektvolle Handelsbeziehung.

BanaFair zahlt einen stabilen, kostendeckenden Mindestpreis und einen Mehrpreis für Gesundheitsvorsorge, Bildung und Programme für Kinder und Jugendliche. Die Einhaltung sozialer und ökologischer Handelskriterien wird ständig kontrolliert. Kostenkalkulation und Lieferkette werden offengelegt, Transparenz ist also gewährleistet.

BanaFair ist Mitglied der Make Fruit Fair!-Kampagne und setzt sich in diesem Netzwerk für verbindliche Regeln ein, die den Druck mindern sollen, den Supermarktketten und Lebensmittelkonzerne unfairer Weise auf die Lieferanten ausüben.



Diese - auch im Geschmack hervorragenden - Bio-Bananen waren den ganzen Februar über im Weltladen Kitzingen zu einem günstigen Preis verfügbar.

Sind Kunden erst einmal auf den Geschmack gekommen, besteht die Möglichkeit sich ein wöchentliches „Bananen-Abo“ zu sichern, das aber jederzeit (Anruf genügt) gekündigt oder ausgesetzt werden kann.

*Christa Heinrich*

# Die Kampagne „Make Fruit Fair“

Die Nachfrage nach tropischen Früchten wächst. Die Macht der Supermarktketten und multinationalen Fruchtkonzerne auch. Doch die Bedingungen für die Produzenten und Arbeiter\*innen in den Ländern des Südens sind häufig schlecht. Um das zu ändern, müssen Regierungen und Unternehmen weltweit aktiv werden.

Seit 2010 arbeiten europäische Organisationen wie BanaFair im Rahmen der Make Fruit Fair! Kampagne in enger Partnerschaft mit Kleinbauern-Verbänden und Gewerkschaften der Plantagen-Arbeiter\*innen in Produzentenländern gemeinsam für mehr Gerechtigkeit und Umweltschutz im tropischen Fruchthandel.

Eine ungleiche Verteilung der Macht entlang der Wertschöpfungskette von tropischen Früchten führt zu untragbar **niedrigen Preisen und unfairen Handelspraktiken** von Supermärkten und Fruchtkonzernen. Dieser Druck wird an die Menschen am Anfang der Kette weitergegeben. Bauern werden oft nicht ausreichend und/oder unpünktlich für ihre Ware bezahlt. Arbeiter\*innen sind oft gezwungen, viele Stunden lang unter **menschenunwürdigen Bedingungen** für niedrige Löhne zu arbeiten, während sie **schädlichen Pestiziden** ausgesetzt sind und ihnen ihre grundlegenden Rechte verweigert werden, einschließlich des Rechts, einer unabhängigen Gewerkschaft beizutreten. In diesem Klima der Angst ist es nicht einfach für Bauern und Arbeiter\*innen für ihre Rechte zu kämpfen und zieht oft negative Folgen nach sich. Die lokale Bevölkerung wird durch die **nachfolgende Armut** und die Auswirkungen der großflächigen Produktion von Monokulturen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt geschädigt. Wir müssen und werden die negativen Auswirkungen bei der Herstellung von tropischen Früchten beenden.

Wir treten ein für faire Preise, existenzsichernde Löhne, die Durchsetzung von Arbeits- und Menschenrechten und den Schutz der Umwelt. Unsere Vision ist, dass alle Farmer\*innen und Arbeiter\*innen im tropischen Fruchtsektor menschenwürdig arbeiten und leben können. Zu den wichtigsten Beispielen zählen die Produktion von Bananen und Ananas. Bananen sind die meist gehandelte Frucht weltweit und werden in mehr als 150 Ländern angebaut. Jährlich werden rund 110 Millionen Tonnen Bananen produziert. Der internationale Handel mit Ananas wächst sehr schnell. Mehr als die Hälfte der Ananas wird schon für den Export produziert.

## **Wie können wir nachhaltige Produktion und Handel unterstützen?**

Um eine nachhaltige Produktion und Handel zu erreichen ist es notwendig, den Anbau in großflächigen Monokulturen, die auf den hohen Einsatz von Agrarchemikalien angewiesen sind, zu beenden und stattdessen **alternative, ökologische Anbaumethoden** zu unterstützen. Dazu gehört auch, dass Supermärkte **Früchte von Kleinbauern** beziehen und ihre Anbaumethoden unterstützen.

Wir fordern, dass Supermärkte Preise zahlen müssen, die die Kosten einer nachhaltigen Produktion decken und dass alle Interessengruppen der Branche die versteckten, externen sozialen und ökologischen Kosten der Produktion tropischer Früchte verstehen und angehen müssen.

Wir sind der Überzeugung, dass eine **aktive Teilnahme aller Stakeholder im Rahmen des Weltbananenforums** wichtig ist, um den Dialog zwischen allen Akteuren der Lieferkette zu fördern und Wege zu finden, nachhaltige Produktion und Handel in der Bananenindustrie zu sichern und als gutes Beispiel in der Produktion tropischer Früchte voranzugehen.

Wir glauben, dass **Vorschriften effektiver als freiwillige Standards** dazu beitragen, faire Handelspraktiken und den Respekt und den Schutz der Menschen- und Umweltrechte zu sichern. Dies beinhaltet auch die Unterzeichnung eines UN-Menschenrechtsabkommen zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Dies böte die Chance, den Vorrang von Menschenrechten im Völkerrecht festzuschreiben. Dennoch ermutigen wir Zertifizierungs-Organisationen, strenge Standards rigoros umzusetzen, die die Lebensgrundlagen und Löhne verbessern und die Umwelt schützen können.

## **Wofür setzt sich die Kampagne ein?**

**Wir wollen, dass Supermärkte als machtvollste Akteure in der Beschaffungskette faire Preise an ihre Zulieferer zahlen, die die Kosten nachhaltiger Produktion decken.**

Wir fordern Fruchthandelskonzerne und Supermärkte dazu auf:

- Die Zahlung existenzsichernder Löhne und Preise auf den Plantagen zu gewährleisten, von denen sie tropische Früchte beschaffen.
- Gleichen Zugang für Frauen zu Arbeit und Ausbildung sicherzustellen.
- Die Einhaltung von Arbeitsrechten zu garantieren, einschließlich des Rechtes, sich in unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren.
- Für den Schutz der Umwelt und eine Verringerung des Einsatzes hochgiftiger Pflanzenschutzmitteln zu sorgen.

Wir fordern von den Regierungen:

- Den Missbrauch der Einkaufsmacht der Supermärkte zu beenden.
- Sicherzustellen, dass Unternehmen für die Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern haftbar gemacht werden können.
- Eine Politik für faire und nachhaltige Fruchtproduktion zu unterstützen.

Um diese Kampagne erfolgreich zu machen, brauchen wir Ihre Unterstützung. Sie als Konsument\*in haben die Macht, politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger zu beeinflussen. Diese sind für eine Verbesserung der Situation in der Beschaffung von tropischen Früchten verantwortlich. Sie können über Ihren verantwortungsvollen Einkauf fairen Handel und nachhaltige Produktion unterstützen!

*Dieser Beitrag basiert auf: <https://www.mff.makefruitfair.de/die-kampagne.html>*

Die „Initiative Lieferkettengesetz“ veröffentlichte folgende Stellungnahme:

## **EU-Abstimmung verschoben:**

**Jetzt FDP-Lügen entlarven und Lieferkettengesetz zustimmen!**

13. Februar 2024.

Eigentlich wollten sich die Ständigen Vertreter\*innen in Brüssel des EU-Ministerrats (COREPER) am 9. Februar zum EU-Lieferkettengesetz positionieren. Eigentlich eine Formsache, denn der Verhandlungsprozess wurde bereits im Dezember 2023 erfolgreich abgeschlossen. Auch die deutschen Positionen finden sich im aktuellen Kompromiss wieder – vor allem in Abschwächungen des Gesetzes. Doch die FDP hat die Aussprache mit aller Kraft sabotiert, mit Falschbehauptungen zum Gesetz, mit direkten Schreiben an andere Mitgliedsstaaten und dem Gerücht, dass die ganze Bundesregierung unzufrieden mit dem Gesetz sei. Schließlich wurde die Abstimmung verschoben. Gemeinsam mit unserer Mitgliedsorganisation Ekō rufen wir Olaf Scholz daher in einer aktuellen Petition auf: Bekennen Sie sich endlich zum EU-Lieferkettengesetz und sagen Sie JA zu Menschenrechten und Umweltschutz!

### **Falschaussagen der FDP – und die Faktenlage**

Die Stimmungsmache der FDP gegen das Gesetz beruht vor allem auf falschen Aussagen über das EU-Lieferkettengesetz und seine Wirkung. Darum entlarven wir die wichtigsten davon hier:

**✗ FDP: Die Bundesregierung sei gegen das EU-Lieferkettengesetz.**

**✓ Was stimmt: Bisher konnte sich die Ampel-Koalition nicht auf eine Zustimmung zum Lieferkettengesetz einigen.**

Obwohl sich namenhafte Politiker\*innen von SPD (z.B. Arbeitsminister Hubertus Heil und Generalsekretär Kevin Kühnert) und Grünen (z.B. Außenministerin Annalena Baerbock und Umweltministerin Steffi Lemke) zum Gesetzkompromiss bekennen, blockiert die FDP die Zustimmung auf EU-Ebene. Darum soll Deutschland sich bei der Ratsabstimmung enthalten. Bundeskanzler Olaf Scholz kann aber seine Richtlinienkompetenz nutzen und den kleinsten Koalitionspartner, die FDP, überstimmen, damit auch Deutschland dem Gesetz zustimmt.

**✗ FDP: Die gesamte deutsche Wirtschaft ist gegen das EU-Lieferkettengesetz.**

**✓ Was stimmt: Viele kleine wie große deutsche Unternehmen fordern ein EU-Lieferkettengesetz, weil sie eine positive Wirkung erwarten.**

Darunter sind zum Beispiel die Bayer AG, ALDI Süd, KIK, S.Oliver, FroSTA und Tchibo. Denn: Das EU-Lieferkettengesetz sorgt vor allem für Wettbewerbsgleichheit, weil dann alle große Unternehmen in der EU nach denselben Regeln spielen müssen. Außerdem betonen Unternehmen, dass das Gesetz Rechtssicherheit liefert, sogar steigende Profite werden erwartet.

**✗ FDP: Unternehmen müssen sofort all ihre Zulieferer in der gesamten Wertschöpfungskette prüfen – und das ist unmöglich.**



✓ **Was stimmt: Das EU-Lieferkettengesetz folgt einem risikobasierten Ansatz.**

Das heißt: Unternehmen müssen menschenrechtliche Risiken in ihrer Lieferkette untersuchen und priorisieren. Sie müssen nicht alle Probleme gleichzeitig lösen, sondern schwere Missstände zuerst angehen. Außerdem gilt keine „Erfolgspflicht“, sondern eine „Bemühenspflicht“: Unternehmen müssen sich anstrengen und tun, was angemessen und möglich ist – aber nichts Unmögliches leisten.

✗ **FDP: Unternehmen müssen für die Fehler ihrer Zulieferer haften.**

✓ **Was stimmt: Unternehmen haften nur unter strengen Voraussetzungen.** Nämlich für die Schäden, die sie hätten erkennen und beeinflussen können – also wenn sie ihre eigenen Sorgfaltspflichten verletzt und so Schaden verursacht haben, der voraussehbar und vermeidbar war. Weder für unvorhersehbare Schäden noch für Schäden, die andere mutwillig verursacht haben, kann ein Unternehmen haftbar gemacht werden.

✗ **FDP: Das EU-Lieferkettengesetz berücksichtigt die Interessen kleiner und mittlere Unternehmen (KMU) nicht ausreichend und wird sie überfordern.**

✓ **Was stimmt: Das Gesetz berücksichtigt insbesondere die Besonderheiten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), damit sie nicht überfordert werden.**

Das Gesetz enthält viele zielgerichtete Maßnahmen, Übergangsfristen und sogar finanzielle Unterstützungsangebote, um KMU zu entlasten. Dazu gehört auch ein Verbot für große Unternehmen, Pflichten einfach an KMU in der Lieferkette weiterzugeben.

✗ **FDP: Das EU-Lieferkettengesetz bedeutet zusätzliche Bürokratie und Berichtspflichten für die deutsche Wirtschaft.**

✓ **Was stimmt: Das Gesetz enthält keine neuen Berichtspflichten.**

Es vereinfacht im Gegenteil sogar die bestehenden Pflichten. Denn künftig sollen Unternehmen nur noch nach den ohnehin schon geltenden Regeln für Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) berichten müssen.

✗ **FDP: Das EU-Lieferkettengesetz gilt für mehr Unternehmen als das deutsche LkSG (Anmerkung: LISG=“Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“).**

✓ **Was stimmt: Insgesamt greift das Gesetz damit voraussichtlich nicht für mehr Unternehmen.**

Zwar soll die Anzahl der Mitarbeitenden, ab der das Gesetz greift, gesenkt werden (deutsches Gesetz: 1.000 Mitarbeitende – EU-Gesetz: 500 Mitarbeitende), doch gleichzeitig wird als zweiter Faktor ein Mindestumsatz von 150 Mio. Euro eingeführt. Durch die Kombination der beiden Kriterien soll es Unternehmen zielgenauer identifizieren.

## **Kanzler Scholz muss den Weg für das EU-Lieferkettengesetz freimachen**

Deutschlands Zustimmung zum Gesetz ist besonders wichtig, weil das Gesetzesvorhaben eine qualifizierte Mehrheit im Rat braucht. Das heißt: Es müssen 55 Prozent der Mitgliedsstaaten zustimmen, die gleichzeitig 65 Prozent der Bevölkerung repräsentieren. Da Deutschland alleine bereits über 18 Prozent der Bevölkerung stellt, ist es in der EU oft schwer, eine Mehrheit ohne deutsche Zustimmung zu erhalten.

Jahrelang haben Politiker\*innen in der EU gemeinsam ein wirksames Gesetz für den Schutz der Menschenrechte und des Klimas erarbeitet. Dieses Vorhaben darf nicht auf den letzten Metern an der Sabotage der FDP scheitern.

Wir rufen darum Bundeskanzler Olaf Scholz dazu auf, jetzt ein Machtwort zu sprechen und unmissverständlich klarzumachen: Deutschland ist ein verlässlicher Partner für die EU und für den Schutz von Menschenrechten und Klima.

Das EU-Lieferkettengesetz darf nicht an Deutschland scheitern!

*Das Original zu diesem Beitrag befindet sich auf der Homepage der „Initiative Lieferkettengesetz“ unter:*

<https://lieferkettengesetz.de/2024/02/13/fdp-luegen-entlarven-lieferkettengesetz-zustimmen/>

---

## **Aktualisierung nach der Abstimmung im EU-Rat zum europäischen Lieferkettengesetz am 15.März:**

**Quelle:** [www.misereor.de](http://www.misereor.de)

Aachen, 15.3.2024. - Nach mehrmaliger Verschiebung der Abstimmung hat der EU-Rat dem europäischen Lieferkettengesetz heute zugestimmt.

Allerdings wurde das Gesetz gegenüber der Einigung zwischen Kommission, Rat und Parlament vom Dezember 2023 drastisch abgeschwächt.

Nach der Zustimmung im Rat muss der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments über den Text beraten, damit das Gesetz im April im Plenum des Parlaments beschlossen werden kann.

**Armin Paasch, Misereor-Experte für Verantwortliches Wirtschaften und Menschenrechte**, begrüßt die Zustimmung als „Hoffnungszeichen für Menschenrechte und die Umwelt“, kritisiert zugleich aber „drastische Verwässerungen“ im Gesetzestext:

„Die Zustimmung des Rats ist ein Hoffnungszeichen für Menschenrechte und die Umwelt.

Das EU-Lieferkettengesetz würde Unternehmen endlich verpflichten, Ausbeutung, Kinderarbeit, Vertreibungen, Repression von Gewerkschaften und Umweltzerstörung in ihren globalen Geschäften wirksam vorzubeugen.

Betroffene erhielten endlich eine realistische Chance, von Verursachern in der EU zivilrechtlich Schadensersatz einzuklagen.

Es ist beschämend, dass die Bundesregierung der Richtlinie nicht zugestimmt hat, obwohl diese gegenüber der Trilog-Einigung von Dezember 2023 massiv verwässert wurde.

### **Ein gravierender Rückschritt ist die drastische Verengung des Anwendungsbereichs.**

Während das deutsche Lieferkettensorgfalts-pflichtengesetz aktuell über 4.500 Unternehmen erfasst, würde die EU-Richtlinie in Deutschland je nach Schätzung lediglich zwischen 800 und 1.500 Unternehmen in die Pflicht nehmen, und auch dies erst ab 2032. Der Grund: Auf Druck von Frankreich soll die Richtlinie nur für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitenden gelten statt ab 500 Mitarbeitenden, wie zunächst vorgesehen.

Zusätzlich würde die Umsatzschwelle von 150 Millionen auf 450 Millionen Euro angehoben. Das deutsche Gesetz gilt ebenfalls ab 1.000 Mitarbeitenden, allerdings ohne Umsatzschwelle. In den ersten drei Jahren der Anwendung sollen nach der EU-Richtlinie sogar nur Unternehmen ab 5.000 Mitarbeitenden erfasst werden.

Hochproblematisch ist auch, dass Unternehmen sich bei ihren Exporten nur um direkte Geschäftspartner kümmern müssten, die in ihrem Auftrag handeln. Exporteure von giftigen Pestiziden oder Überwachungstechnologien müssten damit keine Vorbeugemaßnahmen ergreifen, damit Kunden bei der Verwendung gefährlicher Produkte oder bei der Abfallentsorgung die Menschenrechte und die Umwelt achten.

Auch die ohnehin schwachen Klimaschutzbestimmungen wurden weiter aufgeweicht.

Die Hauptverantwortung trägt die deutsche Bundesregierung, die das EU-Lieferkettengesetz gefordert und ausgehandelt hatte, den Konsens der EU vom Dezember 2023 dann aber im Januar 2024 aufkündigte. Daraufhin rückten auch andere Regierungen von dem Kompromiss ab und setzten nachträglich Forderungen durch, gegen die sich die Bundesregierung zuvor gewehrt hatte.

Trotz der Abschwächungen appellieren wir an alle Europaabgeordneten, der Richtlinie im Plenum rasch zuzustimmen, damit Mensch und Natur in globalen Geschäften europäischer Unternehmen künftig besser geschützt werden.“

# Termine

- Sa., 06. April 2024, 14-16 Uhr      Saat- und Pflanzgut-Tauschbörse;  
Biogärtnerei Gahr,  
Mainbernheimer Str.64, KT-Etwashausen  
Kaffeeausschank und Kuchenverkauf  
(Helferliste hängt im Weltladen aus)
- Sa., 21. April 2024, 13-16:30 Uhr      „Kitzinger Frühling“  
Kaffeeverkostung vor dem Weltladen
- Mo., 25. April 2024, 9-11 Uhr      Mitarbeiter-Frühstück  
Treff der Mitarbeitenden des Weltladens  
Kitzingen  
im Bürgerzentrum, Schrankenstraße 35  
(Teilnahmeliste hängt im Weltladen aus)
- Sa., 11. Mai 2024      Weltladentag;  
Aktion vor dem Weltladen Kitzingen
- Do., 16. Mai 2024      Mitgliederversammlung des Vereins  
Eine-Welt-Gruppe Kitzingen e.V.

Optimismus ist eine Strategie für eine bessere Zukunft.  
Denn wenn Sie nicht glauben, dass die Zukunft besser sein kann,  
dann werden Sie auch nicht aufstehen  
und die Verantwortung dafür übernehmen.

*Noam Chomsky, us-amerikanischer Sprachwissenschaftler*

- Impressum:**      **Initiativkreis**  
Eine-Welt-Gruppe Kitzingen e.V.  
Obere Kirchgasse 14, 97318 Kitzingen
- Kontaktadresse:** A.Bergmann, Wörthstraße 24, 97318 Kitzingen
- Weltladen**      Obere Kirchgasse 14, 97318 Kitzingen, Tel 09321/8808
- Öffnungszeiten:**      Dienstag - Freitag 9:30 bis 12:30 und 15 bis 18 Uhr,  
Samstag 10:00 bis 13:00 Uhr
- Vereinskonto**      IBAN: DE84 7905 0000 0042 0707 30